

Alte Pfade verlassen- Der Buß- und Betttag als gesellschaftspolitische Herausforderung

Recklinghausen, 20.11.13

1. Mein Fenster zur Welt - warum es darauf ankommt, die Wirklichkeit unvoreingenommen wahrzunehmen

„Wenn das Selbst aus dem Bild der Welt verschwindet, wird die Welt plötzlich sehr mächtig, sehr wunderbar. Es ist ein Augen öffnendes Erlebnis: O Gott, schau Dir diese Welt an“; sagt Keith Campbell. Er ist Sozialpsychologe an der Universität von Georgia. Er hat sich mit dem Phänomen des „Ich - Schocks“ beschäftigt, mit tiefgreifenden Krisen und Erschütterungen, die unser Lebensgefühl verändern können. Eine schwere Krankheit, eine berufliche Katastrophe, ein Todesfall in der Familie - und wir reagieren zunächst wie betäubt. Unser Kopf ist leer und das Vertraute erscheint plötzlich fremd. Der Schutzfilter, der uns normalerweise von der Wirklichkeit trennt, wird weggerissen. Illusionen platzen , wenn wir spüren, dass wir nicht so sicher und nicht so unverwundbar sind, dass die Welt nicht so stabil ist, wie wir glaubten. Und was wir individuell erlebt, gilt auch gesellschaftlich- denken Sie nur an den Fall der Mauer, an die Finanzkrise 2008 - plötzlich nehmen wir unsere Umgebung ganz anders wahr: brutaler, direkter. Ein neues Deutschland erscheint am Horizont, eine neue Wirklichkeit in Europa. Campbell vergleicht diese Situation mit einem Meditationszustand, einem spirituellen Erweckungserlebnis. Es ist, als öffne sich ein anderer Horizont- wir hören auf, uns um uns selbst zu drehen, lassen uns ein, lassen uns vielleicht auch verstören.¹ Krisen haben lebensverändernde Kraft. Sie können ein Anstoß sein, alte Pfade zu verlassen. So war es 1989, so auch 2008- denken Sie einen Augenblick zurück an diese Situation, die Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Und fragen Sie sich, was daraus geworden ist.

Es ist nun bald dreißig Jahre her, dass ich jeden Mittwoch Nachmittag an einem der kleinen Kaffeehaustische im Wickrather Gemeindeladen saß. Der Laden, bis kurz vorher ein altes Lebensmittelgeschäft in einem Stadtteil von Mönchengladbach war einer der wichtigsten Schritte zur Öffnung der Gemeinde ins Gemeinwesen. Ein offener Diakonieladen mit Cafe und Kleiderkammer, mit Büchereiarbeit und Sozialberatung, mit Bildungsangeboten und Mutter-Kind-

¹ Vgl. Die lebensverändernde Kraft von Krisen, Kathleen Mc Gowan, Psychologie heute-Kompakt - ziemlich stark. S. 18 ff.

Gruppen mitten in der Fußgängerzone der Kleinstadt. Er ist bis heute lebendig- getragen von mehr als 25 freiwillig Engagierten und professionell begleitet von einer Sozialpädagogin. Und das alte Motto: „Mach Dich auf, lass Dich ein“ prangt noch immer am Schaufenster. In himmelblauer Farbe.

Mitte der 80er Jahre boomten nicht nur in unserer Gemeinde die Mutter-Kind-Gruppen, Arbeitsloseninitiativen entstanden, Pflegende Angehörige wagten sich mit ihrem Druck aus der Deckung. Und ich selbst war neben meinem Gemeindepfarramt Diakoniefarrerin und fragte mich, warum es uns so schlecht gelang, Arme und Arbeitlose oder auch Alleinerziehende und Geschiedene anzusprechen- eben die Klienten der Diakonie, die doch auch Gemeindeglieder waren. Die Gruppengemeinde mit ihren vielen Ehrenamtlichen blieb eine scheinbar heile Mittelschichtgemeinde. So entstand der Gemeindeladen - und er veränderte uns alle.

Wenn ich Mittwochs im Cafe saß, begegneten mir Nöte in meiner eigenen Stadt, die ich vorher gar nicht wahrgenommen hatte. Ich habe diese Nachmittag tatsächlich wie eine Meditation erlebt - als unmittelbaren Zugang zu einer Wirklichkeit, die in meinem Amtszimmer oft außen vor geblieben war. Der Laden hatte nicht nur ein großes Schaufenster; er war selbst offenes Fenster für einen unvoreingenommenen Blick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen. Da kamen Arbeitslose und erzählten von ihrer aussichtslosen Situation – und manche engagierten sich später im Ladenteam und fanden dort eine neue Aufgabe. Ich denke noch immer an die Schuhverkäuferin, die erklärte, sie könnte weder singen noch viel reden- aber Menschen in der Kleiderkammer bedienen, das könnte sie - und wie sie es konnte! Alleinstehende Frauen erzählten von der Not, einen Freundeskreis zu finden. Eine Gruppe Roma kam in die Kleiderkammer und inspirierte uns zu einer Reihe über Sinti und Roma. Wir hielten das Ohr in den Strom und nahmen auf, was kam- und immer fing es mit einfachen Gesten an- nicht mit Programmen. Kaffee einschenken, Kleider aussuchen, zuhören. Und gemeinsam neue Wege entdecken. Der Laden veränderte die Gemeinde- neue Ehrenamtliche kamen hinzu, Familien, die von Armut bedroht waren, der Sonntag für Alleinstehende entstand- der Laden

arbeitete ganz selbstverständlich mit Sportvereinen und dem Gewerkekreis zusammen. Die Gemeinde wurde vielfältiger, sie wurde bunter.

Bei der Feier zum „Silberjubiläum“ erzählt die Leiterin, wie sich die Herausforderungen und Angebote in diesen 25 Jahren mit der Gesellschaft verändert haben: da waren zunächst das Arbeitslosenprojekt mit vielfältigen Hauswirtschaftsdiensten und die Kurse für pflegende Angehörige. Die Mutterkind-Kurse, solange es noch keine Krippenplätze in der Tageseinrichtung gab, und die Mittagsangebote für Schulkinder, solange eine Ganztagschule fehlte. Heute spielt die Entwicklung einer altersgerechten Stadt eine große Rolle – in einem neuen Netzwerk mit Stadt und Wohlfahrtsverbänden wird gerade ein Stadtplan für Ältere erarbeitet. 28 Jahre Zeitgeschichte spiegeln sich in diesem Schaufenster der Stadt.

2. Zahlen und Trends im Fokus- Warum wir einen Umbau des Sozialstaats brauchen

Heute sieht mein Fenster in die Wirklichkeit anders aus: Als Geschäftsführerin der Kammer für soziale Ordnung und verschiedener Ad-hoc-Kommissionen komme ich mit Wissenschaftlern und Politikerinnen, mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Arbeitgebern ins Gespräch – und ich sehe die großen Linien, die mir damals erst allmählich erkennbar wurden. Die Texte, die dabei in den letzten Jahren entstanden sind, beschäftigen sich mit wirtschaftlicher Globalisierung und den Fragen der Teilhabe in unserem Land , mit dem demographischen Wandel und der Entwicklung des Gesundheitswesens, mit den Veränderungen in den Familien und schließlich mit den Herausforderungen der Inklusion. „Gerechte Teilhabe“, Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“; „ Pro und contra Mindestlohn“ „Im Alter neu werden können“; „ Und unseren kranken Nachbarn auch“, „ Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“- die Titel sind Programm. Und auch die Fragen, die die Kammer für soziale Ordnung heute beschäftigen, liegen in der Luft: Rentenreform, Wohlfahrtsentwicklung und öffentliche Güter.

Es ist ja unübersehbar: Die Veränderung von Familien und Geschlechterrollen, vor allem aber der demographische Wandel werden zu einem deutlichen Umbruch führen. Während die Zahl der Hochbetagten (über 80-jährigen) exponentiell zunimmt (. waren es 1998 noch 3,0 Millionen- so werden es 2050 mindestens zehn Millionen sein), nimmt der Anteil der unter 20-jährigen rapide ab. Er sinkt bis 2050 auf Werte zwischen 15. und 18 Prozent. Während die Geburtenrate in Deutschland nur bei 1,4 Kindern pro Frau liegt, schenkt uns der medizinische Fortschritt zugleich ein längeres, gesünderes Leben – im Schnitt zehn gesunde Jahre mehr. Und dennoch gilt: Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerungszahl Deutschlands bis 2050 auf 50,7 Millionen zurückgehen.

Die so genannte Bevölkerungsimplosion, die manche von der Dramatik her mit dem Schrumpfen ganzer Regionen bei der Pest vergleichen, hat ihre Gründe: denn in einer wohlhabenden Gesellschaft bedeutet verantwortete Elternschaft, in Bildung und Erziehung der Kinder viel zu investieren- an Geld, an Zeit, an Zuwendung. Und dabei sind Frauen in einer Schlüsselposition. Nach einer Studie des Instituts für Bevölkerungsentwicklung in Berlin wünschen sich 82 Prozent der Bevölkerung Kinder. Aber die jüngste Studie von Jutta Allmendinger vom Wissenschaftszentrum in Berlin für die „ Brigitte“ zeigt zugleich: wenn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht gegeben ist, wird häufig auf ein zweites Kind verzichtet- und das gilt auch dann, wenn es eigentlich gewünscht war. Fehlende Betreuungseinrichtungen, aber auch die nach wie vor unterschiedlichen Einkommen von Männern und Frauen führen zur Zeit dazu, dass auch Paare mit anfangs partnerschaftlicher Rollenteilung spätestens mit der Geburt des zweiten Kindes zur traditionellen Arbeitsteilung zurückkehren. Frauen übernehmen dann den Hauptteil der Familien- und Hausarbeit. Das aber führt zu einem erheblichen Maß an Frustration. Laut *Brigitte-Studie* stimmten im Jahr 2012 53% der Frauen der Aussage zu: „Wer Kinder hat, kann keine wirkliche Karriere machen“ -bei der Vorläuferstudie 2007 sagten das nur 36%. Die befragten Frauen, die Kinder bekommen haben, fühlten sich beruflich ausrangiert. Dabei leben wir längst auch in einer anderen Wirklichkeit: Das SGBII geht davon aus, dass erwachsenen Erwerbstätigen – Frauen wie Männer, unabhängig von ihren familialen Verpflichtungen – dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen sollen, und auch das Unterhaltsrecht geht davon aus, dass

zwar die Kinder aus einer ersten Beziehung vom Partner versorgt werden, deren Mütter aber nicht unbedingt. Und auch die jungen Frauen und Männer selbst halten es nach der genannten Studie vom Wissenschaftszentrum in Berlin für selbstverständlich, dass beide Geschlechter ökonomisch auf eigenen Füßen stehen. Die Bevölkerungsimplosion, man könnte darin ja auch einen Gebärstreik sehen, zeigt: Erwerbsarbeit und Sorgearbeit sind in unserer Gesellschaft aus der Balance geraten.

Das bundesdeutsche Sozialmodell hat über lange Zeit davon gelebt, dass Frauen sie auf berufliche Entfaltung verzichteten, und einen großen Teil der Sorgearbeiten unentgeltlich übernahmen, während Männer als Vollerwerbstätige zur Finanzierung der Sozialversicherung beitrugen, in denen Frauen und Kinder mitversichert waren. Das galt allerdings nur für Familien, die auf einer Ehe oder - nach den jüngsten Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, auf einer eingetragenen Partnerschaft gründeten. Auch deshalb sind Alleinerziehende, die kaum in Vollzeit arbeiten können, überdurchschnittlich häufig von Einkommensarmut betroffen. Mit einem Kind sind sie zu 46%, mit zwei und mehr Kindern sogar zu 62% armutsgefährdet. In Paarhaushalten liegt die Armutsrisikoquote dagegen je nach Kinderzahl zwischen 7 und 22%. Das ist der Hintergrund für die Debatten um Krippen und Betreuungsgeld, Ehegatten- und Familiensplitting.

Klar ist jedenfalls: angesichts der Reproduktionskrise, des demographischen Wandels und des tiefgreifenden Strukturwandels am Arbeitsmarkt stehen wir sozialpolitisch vor der Herausforderung, Erwerbsarbeit und Sorgearbeit gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen und neue Arrangements zwischen Familien, Tageseinrichtungen, Schulen und anderen Dienstleistungen zu schaffen. Wenn das nicht gelingt, droht das Care-Defizit, von dem der Siebte Familienbericht der Bundesregierung bereits spricht. Und das betrifft eben nicht nur die Kindererziehung, die Krippen und Ganztagschulen, sondern auch die Pflege in einer älter werdenden Gesellschaft. Beide Problemanzeigen waren vor nun bald 30 Jahren im Gemeindeladen Thema. In unserer Arbeitsgesellschaft zählt nur, was jemand beruflich leistet. Aber auch die Zeit, die Väter und Mütter, Töchter, Söhne und Partner mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben verbringen,

muss sich im Steuer und Sozialversicherungsrecht niederschlagen. Die Pflegeversicherung als Teilkaskoversicherung und 10 Pflgetage genügen jedenfalls nicht.

Denn mit der Zahl der Hochaltrigen wird auch die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland weiter wachsen. Man kann davon ausgehen, dass die Zahl der Leistungsempfänger in der Sozialen Pflegeversicherung bis 2040 mindestens auf knapp 3 Mio steigt. Und nicht nur die quantitativen Anforderungen wachsen, auch die Beziehungsbedürftigkeit alter Menschen wächst. Schon heute leben mehr als 40 % der 70 bis 85 Jahre alten Menschen in Einpersonenhaushalten.² Zwar werden die meisten Pflegebedürftigen noch immer in ihren Familien gepflegt. Aber die „Versingelung“ unserer Gesellschaft nimmt zu - denn Alleinlebende sind die idealen Partner für einen flexiblen, globalen Arbeitsmarkt. Doch nun zwingt uns der demographische Wandel mit seinem Hunger nach Fachkräften dazu, über eine neue Vereinbarkeit von Beruf und Familie, von Beruf und Pflege für Männer und Frauen nachzudenken. Das traditionelle Modell des Ehegattensplittings und die Mitversicherungsleistungen für Familien müssen so weiter entwickelt werden, dass sie auch anderen Familienformen dienen. Gesine Schwan hat diese Idee im Modell einer partnerschaftlichen Familie als öffentliches Gut entwickelt. Denn unsere Wohlfahrt basiert eben nicht nur auf dem, was in der Wirtschaft erarbeitet wird, sondern auch auf den privaten und nachbarschaftlichen Sorgeleistungen, die deshalb den Schutz und die Unterstützung der Gemeinschaft brauchen. Und das heißt: wir brauchen Familienzentren, die Familien in ihrer Sorgearbeit unterstützen und auch auf benachteiligte Familien, Familien unter Zeitdruck zugehen. Wir brauchen eine wohnortnahe, integrierter Versorgung pflegebedürftiger Menschen und eine neue Kooperation zwischen Pflegefachkräften, Angehörigen und Freiwilligen.³ Wir brauchen eine familienalten- und behindertengerechte Wohninfrastruktur und gute haushaltsnahen Dienstleistungen und Pflegedienste im Wohnquartier. Wir brauchen Ganztagschulen, die sich nicht nur als Bildungs-, sondern auch als

² Zahlen aus: Thomas von Winter: Demographischer Wandel und Pflegebedürftigkeit, in Thomas Klie u.a.: Entwicklungslinien im Gesundheits- und Pflegewesen, Frankfurt am Main, 2003

³ Beispiele dafür hat das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD i2007 in der Dokumentation des Projekts „Das Ethos fürsorglicher Pflege“ dargestellt

Erziehungseinrichtungen verstehen und Erziehungspartnerschaften eingehen. Und das alles kostet Geld. Muss das sein? Hat es nicht bisher ganz gut geklappt, fragen viele in der Auseinandersetzung mit dem Familienpapier der EKD.

Mein Eindruck ist: dass das Care-Defizit, auf das wir zugehen, noch immer nicht wirklich wahrgenommen wird. Dass die familienpolitischen Herausforderungen vor denen wir stehen, noch immer als private und nicht als öffentliche begriffen werden und dass wir nach wie vor dazu neigen, in diesem Bereich eher moralisch als sozialetisch zu denken. In der Debatte um das Familienpapier geht es um Religion, um Normen und Werte – und eben nicht um Gesellschaftspolitik. Weder die familienpolitischen Empfehlungen noch die kirchlich-diakonischen Handlungsfelder im Text werden wirklich diskutiert. Dass Diakonie und kirchliche Familienverbände das erweiterte Familienbild der Orientierungshilfe seit langem vertreten, ist schlicht nicht wahrgenommen worden. Dabei ist gerade in diesem Arbeitsfeld erkennbar, wie wichtig es ist, dass Kirche und Diakonie, Spiritualität und Barmherzigkeit, die Orientierung an der Bibel und ein realistischer Blick auf die Wirklichkeit zusammen kommen – und dass auch Gemeinden und Fachdienste auf Kirchenkreisebene mehr miteinander verknüpft werden. So wie wir es das Team im Gemeindeladen bis heute versucht.

3. Arme Kommunen- gespaltene Städte: warum wir einen neuen Finanzausgleich brauchen

Es sind die Kommunen, auf die die zusätzlichen Aufgaben zukommen. Das beginnt mit dem Ausbau von Tageseinrichtungen und Krippenplätzen und endet nicht bei der wachsenden Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die von Transfereinkommen abhängig sind- weil die Pflegeversicherung nicht reicht, um den Heimaufenthalt zu zahlen, weil das Arbeitseinkommen nicht reicht, um die Familie zu ernähren, weil Langzeitarbeitslose vom Aufschwung am Arbeitsmarkt nicht profitieren. Und trotz mancher Deals zwischen den Ebenen: auch der größte Teil der Inklusionsherausforderungen kommt auf die Kommunen zu. Am Ende geht es den Kommunen wie ihren Klienten: sie verarmen und werden mit ihren Nothaushalten von den Ländern abhängig.

In den ärmer werdenden Städten nimmt der Wettbewerbsdruck zu. Was das bedeutet, wissen Sie im Ruhrgebiet besser als die Bürger in München oder Stuttgart. Budgetierung, Qualitätsmanagement und Erfolgsquoten sind üblich geworden- und bringen die Gefahr mit sich, dass nun die Träger der Wohnungslosenhilfe genauso wie das Jobcenter zuerst auf die Klienten schauen, die das Potential haben, schnell aus den Hilfeangeboten heraus zu finden. Dabei zeigt sich: der selektive Blick, der Klientengruppen immer weiter voneinander trennt und alles nur an den Potentialen der Erfolgreichen misst, ist ein Problem in sich. Wer diesen Blick auf die Gewinner hat, wird immer auch Verlierer produzieren. Auf diese Weise trägt der Wettbewerb in der Sozialbranche selbst zur gesellschaftlichen Spreizung bei. Dabei wäre die umgekehrte Perspektive nötig: der Blick auf die Fähigkeiten jedes Einzelnen, der Abbau von Hemmnissen, die Konzentration auf fördernde Rahmenbedingungen. Denn je geringer die gesellschaftliche Ungleichheit, das zeigen Untersuchungen wie die von Wilkinson/Pickett, desto geringer sind Kriminalität, Gewalt und psychische Erkrankungen in einer Gesellschaft. Desto geringer also die Langzeitkosten für Menschen, die sich ausgeschlossen und verlassen fühlen. Wenn wir frühzeitig eingreifen wollen, brauchen wir eine Politik, die allen möglichst früh Bildungschancen eröffnet und gleiche Zugänge zum Gesundheitswesen fördert. Wir brauchen den Ausbau so erfolgreicher Projekte der „ Sozialen Stadt“ und einen neuen Blick auf den öffentlichen Raum.

Die Segregation in den Städten, der Wettbewerb zwischen den Städten und Regionen ist ein Symbol für gesamtgesellschaftliche Prozesse: Die zunehmende Spreizung der Einkommen, die wachsenden sozialen Unterschiede zwischen Erwerbstätigen und Hilfebeziehern, zwischen Bildungsgewinner und Bildungsverlierer, zwischen denen, die Kinder erziehen und Alte pflegen und denen, die sich ganz auf Erwerbsarbeit konzentrieren– die Parallelgesellschaften zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen, zwischen Migranten und Autochthonen. Und was sich in den Städten und Quartieren abzeichnet, das zeigt sich natürlich auch in den Kirchengemeinden: Der demographische Wandel und die Veränderung von Familienstrukturen manifestieren sich in den Zahlen von Taufen und Beerdigungen, sie werden spürbar in den Tageseinrichtungen und Diakoniestationen, bei den Tafeln und in den Konfirmandengruppen. Dabei sind unsere Gemeinden sind zumeist

Mittelschichtgemeinden mit einem Milieu, das Benachteiligten den Zugang erschwert. Christen übernehmen soziale Verantwortung. Aber „aus der Sicht der von unzureichenden Teilhabemöglichkeiten betroffenen Menschen“ zählen die Kirchen. in der Regel zu denen, die eher „oben“ angesiedelt sind und mit denen man zwar unter bestimmten Bedingungen etwas zu tun hat, zu denen man aber nicht gehört und in denen man sich deshalb auch nicht betätigt, heißt es in der EKD-Denkschrift „ Gerechte Teilhabe“. Und weiter: „Die Gründe für diese mangelnde Beteiligung liegen in erheblichen emotionalen, kulturellen und sozialen Distanzen.“

„Wir reden von Millionen von Ausgeschlossenen, die einen Keil durch unsere Gesellschaft treiben“, schreibt Heinz Bude. „Kinder, die in Verhältnissen aufwachsen, wo es für keinen Zoobesuch, Musikunterricht oder für Fußballschuhe reicht, junge Leute, die sich mit Gelegenheitsjobs zufrieden geben müssen, Männer und Frauen, die freigesetzt worden sind, Minijobber und Hartz-IV-Empfänger, denen es kaum zum Leben reicht.. Gemeinsam ist ihnen, dass sie die Überzeugung gewonnen haben, dass es auf sie nicht mehr ankommt.“

4. Fähigkeiten stärken, Teilhabe ermöglichen: warum soziale Menschenrechte ins Zentrum gehören

Vor nunmehr 16 Jahren erschien das ökumenische „ Wirtschafts- und Sozialwort“ der Kirchen. Darin heißt es: „ In der vorrangigen Option für die Armen als Leitmotiv gesellschaftlichen Handelns konkretisiert sich die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe. In der Perspektive einer christlichen Ethik muss darum alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nutzt und sie zum eigenverantwortlichen Handeln befähigt. Dabei zielt die biblische Option für die Armen darauf, Ausgrenzungen zu überwinden und alle am gesellschaftlichen Prozess zu beteiligen. (.)Sie verpflichtet die Wohlhabenden zum Teilen und zu wirkungsvollen Allianzen der Solidarität“.

Die EKD-Denkschrift „ Gerechte Teilhabe – Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität“ hat diese Ausrichtung aufgenommen. Sie entfaltet ihr Gerechtigkeitsverständnis auf der Basis der Beteiligungsgerechtigkeit. Sie

beziehen aufeinander, was häufig gegeneinander ausgespielt wird– nämlich Verteilungsgerechtigkeit, hier mit dem Stichwort „ Solidarität“ beschrieben, und Befähigungsgerechtigkeit. die die Eigenverantwortung stärken will. Teilhabegerechtigkeit zielt auf eine möglichst umfassende Inklusion aller Mitglieder der Gesellschaft und die Eröffnung von Zugängen zu Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt. Wie Menschen aus Armut, Benachteiligung und Isolation herausfinden, ist eine der Schlüsselfragen für die Zukunft von Kirche und Gesellschaft

Die Philosophin Martha Nussbaum hat grundsätzlich darüber nachgedacht, was es bedeutet, Teilhabe zu ermöglichen. In ihrem Konzept der Gerechtigkeit rückt sie die Würde und die Fähigkeiten jedes einzelnen in den Mittelpunkt. ⁴ Unser Selbstbewusstsein verbindet sich mit der Erfahrung, etwas beitragen zu können, sagt Nussbaum. Dazu gehört die Fähigkeit, eine eigene Lebensperspektive zu entwickeln. Deshalb brauchen alle Menschen Angebote zur Bildung und Ausbildung. Genauso wichtig ist die Fähigkeit, sich selbst zu versorgen, auf die eigene Gesundheit zu achten, für die eigene Wohnung zu sorgen. Es gehört zum Menschsein, Bindungen aufzubauen, zu Menschen und zu Dingen- zu lieben, zu trauern, Dankbarkeit und Zorn zu empfinden, sich zugehörig zu fühlen. Das alles brauchen wir, um Selbstachtung zu empfinden. Die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung folgt diesem Paradigma - und seit sie auch in der Deutschland ratifiziert ist, geht es unter dem Thema Inklusion darum, diesem neuen Denken Raum zu verschaffen.

Bildungs- und Sozialsysteme müssen also die Fähigkeiten unterstützen, die jeder einzelne mitbringt. Sie dürfen sie nicht schwächen. Sie dürfen nicht entmündigen. Diese Entdeckung ist nicht neu- sie war die wesentliche Triebkraft der Bürgerbewegungen in den 60er Jahren. Von diesem Impuls lebte Ende der 60-er Jahre die Auflösung der großen Heime der Jugendhilfe zu kleinen Familiengruppen, das trieb die Gemeindepsychiatriebewegung in den 70ern und die Hospizbewegung in den 80ern voran, und es führt seit 10 Jahren zur Ambulantisierung der Behindertenhilfe und zur Veränderung in der Altenhilfe. Gleich, ob es um behinderte Menschen oder um Sterbende geht: immer geht es darum, die Selbstbestimmung zu stärken. Es geht darum, Menschen aus den Einrichtungen zurück zu holen in die Stadtteile. Dahin, wo sie sich unter allen

⁴ Martha C. Nussbaum: „ Die Grenzen der Gerechtigkeit,

Generationen bewegen können. Empowerment statt Entmündigung. Inklusion statt Exklusion. Quartiersarbeit statt Sondereinrichtungen. .Normalisierung also – mit dem Anspruch an die, die sich für normal halten, auch ihre eigene Angewiesenheit und die eigenen Grenzen wahrzunehmen. Zusammenarbeit von Behinderten und Behindernden, schrieb gestern jemand auf Facebook als ich postete, dass in diesem Jahr die Zahl der Schwerbehinderten ohne Arbeitsplatz um 20 Prozent gestiegen ist. Gerechtigkeit entsteht nicht „ für andere“ – Gerechtigkeit müssen wir gemeinsam gestalten. Mit Erwerbstätigen und Familien, mit behinderten und älteren Menschen. Denn jeder von uns kann auch in die Situation der anderen kommen.

Im gesellschaftlichen Ringen um Inklusion zeigt sich der Wunsch nach einer neuen Partnerschaft, einer Gemeinschaft auf Augenhöhe. Selbstverständlich ist das bis heute nicht. Die verschiedenen Teile unseres Sozialgesetzbuchs in Deutschland zählen alle Gruppen auf, die tendenziell hilfebedürftig sind: Kranke und Pflegebedürftige, Arbeitslose und Menschen mit Behinderung, Obdachlose, Rentenversicherte und auch Kinder und Jugendliche. Kaum ein „Defizit“, auf das im Laufe der sozialpolitischen Entwicklung nicht das Augenmerk fiel: Rechtsansprüche wurden formuliert, Hilfesysteme geschaffen, Ausbildungen und Fortbildungen entwickelt. Immer weiter differenzierten sich die Ansprüche aus; immer passgenauer, aber auch immer unterschiedlicher wurden die Leistungen. Neben der Krankenpflege entstand in den 60-er Jahren die Altenpflege, neben Hospizen in den letzten Jahrzehnten Palliativstationen und Palliativpflegeeinrichtungen. Dieses weit verzweigte und hoch professionalisierte Sozialsystem ist weltweit außerordentlich gut und hat zur Stabilität unseres Landes entscheidend beigetragen. Im Sozialstaat bundesrepublikanischer Prägung hat jeder, der hilfebedürftig ist, einen Rechtsanspruch auf Hilfe. Aber viele durchschauen das Gestrüpp nicht mehr - und werden so zum Adressaten diverser Deals. So landen ältere Menschen mit Behinderung in Pflegeheimen oder Jugendliche nach Sanktionen in Hartz IV auf der Straße. Den auch, wer einen Rechtsanspruch wahrnimmt, bleibt „Hilfempfänger“. Daran ändert die Tatsache, dass inzwischen von „Kunden“ der sozialen Dienste gesprochen wird, nichts. Da das Geld nämlich in der Regel von den Sozialversicherungen kommt, richtet sich das Augenmerk der Träger oft zunächst auf deren Ansprüche und die gesetzten Standards. Und keine Frage: für die Sozialversicherungen ist die

Leistungskraft der Versicherten genauso zentral oder zentraler als die Bedürftigkeit der Leistungsempfänger.

So geht mit unserem gut entwickelten Hilfesystem zugleich eine gesellschaftliche Spaltung einher: es ist die Spaltung zwischen Steuerzahlern und Versicherten auf der einen, Transfer- und Leistungsempfängern auf der anderen. Auf der einen Seite die erwerbstätige Bevölkerung, die für das Bruttoinlandsprodukt, für Steuern und die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme sorgt und deswegen wie die Unternehmen ein Interesse an niedrigen Beiträgen hat, auf der anderen Seite diejenigen, die den Sozialetat beanspruchen, weil sie auf Unterstützung der Gemeinschaft angewiesen sind. Ökonomisch betrachtet bedeutet das: Auf der einen Seite die, die das Geld erwirtschaften, auf der anderen die, die es ausgeben. Wir kennen diese Rollenteilung in den traditionellen Familien als Geschlechterrollenteilung und Geschlechterhierarchie. Auf der einen Seite die erwerbstätigen Männer als Haushaltsvorstände, auf der anderen Seite die Frauen, die unbezahlt und unentgeltlich für das soziale Miteinander sorgen, Kinder erziehen und Kranke pflegen, dabei aber in mancher Hinsicht rechtlich abhängig bleiben.

Mit dem Wandel der Arbeitswelt und der Überforderung von Familien in der ersten Phase der Industrialisierung entstanden Organisationen von Diakonie und Caritas, die schließlich den Kern unseres Sozial- und Wohlfahrtsstaats mit seinem Sozialversicherungssystemen und späteren Rechtsansprüchen bildeten. Sie waren bis in Anfang der 90-er Jahre durch das Selbstkostendeckungsprinzip und öffentliche Tarife auskömmlich finanziert. Seitdem aber wurde der Sozialstaat gerade im Bereich der Pflege von einem Sozialmarkt abgelöst, der die alten Erstattungs- und Abstimmungsmuster der Freien Wohlfahrtspflege aufgebrochen hat und auf Wettbewerb setzt. Die Institutionenorientierung ist damit der Nutzerorientierung gewichen, statt langfristiger Beziehungen und Lebensräume werden Produkte angeboten, verglichen und verkauft. In Folge dieser Logik arbeiten Kassen, Kommunen und Nutzer mit dem günstigsten, kompetentesten und effektivsten Anbieter im jeweiligen Sektor zusammen.

Es war ein Schritt nach vorn, auch Menschen mit Behinderungen, Pflege- oder Eingliederungsansprüchen als „Kunden“, als Gegenüber auf Augenhöhe zu verstehen, die gegebenenfalls mit eigenem Budget und mit Beratungsleistungen

selbst in der Lage sind, sich die notwendigen Module „ einzukaufen“ und sich die entsprechenden Hilfen für Wohnen und Arbeit, für Freizeit und Pflege zusammen zu stellen. Aber jetzt wird deutlich: die Ressourcen sind begrenzt und die Leistungen zu koordinieren ist nicht einfach. Ohne quartiersbezogene Leistungen, eine gute Verkehrsinfrastruktur, ohne Veränderungen in den Stadtteilen und ein neues Selbstverständnis von Nachbarschaften und Vereinen, Schulen, Kirchengemeinden und Arztpraxen, ohne das Engagement der Zivilgesellschaft wird der notwendige Wandel nicht möglich sein. Inzwischen haben Kritiker den Eindruck, dass der Prozess der Inklusion angesichts verkrusteter politischer Rahmenbedingungen, der Versäulung des Sozialversicherungssystems und leerer kommunaler Kassen eher ein Sparprozess auf Kosten der Zivilgesellschaft und des Ehrenamts und letztlich auch auf Kosten der Versorgungsqualität ist.

5. Die große Transformation- warum wir die anstehende Veränderung gestalten müssen

Hinter den wachsenden Ungleichheiten zwischen Arm und Reich, der Überforderung von Familien, den Brüchen in Lebensläufen, stehen Veränderungen auf den globalen Finanzmärkten wie auf den Arbeitsmärkten. Ortsgebundene Arbeitsplätze und Dienstleistungen, Familien als Lebensgemeinschaften geraten angesichts der Mobilitätsanforderungen auch finanziell unter Druck. Die mangelnde Infrastruktur für Kinder und Familien, die Reproduktionskrise und der demographische Wandel verschärfen die Situation. Der Umbau des Sozialstaats vom Fürsorgestaat zur Teilhabegesellschaft ist nicht mehr nur wie in den 90ern eine politische Ummünzung für den Abbau- er ist unübersehbar notwendig. Dabei geht es um Investitionen in Mindestlohn und Mindestsicherung im Alter, die Zukunft der Pflege, um Bildungsgerechtigkeit für die junge Generation - fast alles übrigens Bereiche, in denen auch Arbeitsplätze entstehen können.

Es scheint allerdings so, als seien die bisherigen Rezepte, durch mehr Wachstum auch mehr Verteilmasse zu haben, ans Ende gekommen- auch wenn genau das nun wieder im Blick auf die Arbeitslosigkeit und die Lage der jungen Generation im Süden Europas empfohlen wird. Auch wenn im Augenblick politisch vieles darauf zielt, die alten Pfade weiter zu gehen - ich bin überzeugt:

wir stehen an der Schwelle zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel der Wohlfahrtsgesellschaft in Richtung auf einen neuen Begriff von Generationengerechtigkeit, Beteiligungsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Denn die ökologische Krise, die sich in vermehrtem Raubbau und einer Überschreitung der ökologischen Tragfähigkeit der Erde, in einem sich beschleunigenden Klimawandel, einer zunehmenden Knappheit nicht erneuerbarer Ressourcen, wachsenden Konflikten um Rohstoffe und einem fortschreitenden Rückgang der Biodiversität zuspitzt und auch die Ernährungskrise, die immer mehr Menschen mit Hunger bedroht und durch die weltweite Spekulation mit Land und Nahrung noch verstärkt wird, bedroht unsere Lebensgrundlagen. Solche grundlegenden Fragen verschieben wir zur Zeit wie die Energiewende in die Zukunft. Und die Probleme, die damit verbunden sind, ignorieren wir aus. Wir will schon wissen, dass der Smog der chinesischen Kohlekraftwerk unseren billigen Produkten dient, dass die niedrigen Arbeitsstandards in Indien haben mit unserem Konsumverhalten zu tun haben und dass die rumänischen Pflegerinnen in unseren Familien ihre eigenen Kinder allein lassen.

„Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ heißt das Gutachten des ‚Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung zum Thema Globale Umweltveränderungen‘ (WBGU) von 2011. Er hat eine neue Leitbegrifflichkeit geprägt: die *Großen Transformation* zu einer stark nachhaltigen Gesellschaft. „Sie ist ... moralisch so geboten wie die Abschaffung der Sklaverei und die Ächtung der Kinderarbeit“, heißt es in dem Text des WBGU. Und weiter: „Wir brauchen einen nachhaltigen Ordnungsrahmens, der dafür sorgt, dass Wohlstand, Demokratie und Sicherheit mit Blick auf die natürlichen Grenzen des Erdsystems gestaltet werden.“ Dazu braucht es einen neuen Gesellschaftsvertrag. Er „kombiniert eine Kultur der Achtsamkeit (aus ökologischer Verantwortung) mit einer Kultur der Teilhabe (als demokratische Verantwortung) sowie mit einer Kultur der Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen (Zukunftsverantwortung).

Was für ein Anspruch - ein neuer Gesellschaftsvertrag! Schon bei den Debatten um die Zukunft der Familienpolitik stoße ich immer wieder auf Menschen, die den großen Gesellschaftsentwürfen nicht mehr trauen. Die der Politik nicht mehr

trauen. Nicht die große Transformation, nicht Wandel und Veränderung steht auf ihrer Agenda, sondern Stabilität. Gerade in Krisenjahren geht darum, zu halten, was wir haben. Nicht abzustiegen. Nicht zu den den Verlieren zu gehören. Manche sprechen schon vom neuen Biedermeier, in dem nur noch das kleine Glück zählt. Sicherheit scheint wichtiger zu sein als neue Perspektiven für eine bedrohte Welt. Und auch Europa, in der Krise geschüttelt und auseinandergerissen, baut seine Grenzzäune aus. Da mag das Elend der Flüchtlinge noch so laut zu uns schreien.

Der Prophet Amos, der im 8. Jahrhundert vor Christus, zur Zeit des Königs Jerobeam lebte, prangerte einst die soziale Wüste in Israel an. „ Es ströme das Recht wie Wasser“, schrie er heraus -einer, der sich sehnte nach einem Wasserstrom in den ausgetrockneten Wadis, nach einem Strom, der das Leben erblühen lässt. (Amos 5) Mit scharfen Augen sah er die Ungerechtigkeit im Land: das Leid der Tagelöhner, fehlende Teilhabe und Schuldklaverei, Betrug und Rechtsbeugung, mangelnde Solidarität, Korruption. Die Wohlhabenden nahmen die Gemeinschaftsgüter in Privatbesitz, die Gemeinschaft drohte auseinander zu brechen. Mitten in Friedenszeiten, mitten im Wohlstand hielt Amos seinem Volk eine Leichenrede. Er sah den Untergang voraus. Hellsichtig und klar. Aber den meisten ging es gut. Der Handel florierte, der durchschnittliche Lebensstandard war hoch. So hielt man den Propheten für einen Spinner. So wie heute die Postwachstumsökonomien für Spinner gehalten werden. Aber was Amos vorausgesehen hatte, geschah tatsächlich: Israel wurde besetzt, seine Staatlichkeit zerstört, alle Reichtümer geraubt, das Volk ins Exil geführt. Offenbar hatte er spüren können, wie der Boden zu beben begann, wie die Quellen versiegten. Er sah, dass der äußere Wohlstand verbarg, wie leer die Herzen waren.

Wie kommt es zu Veränderungsprozessen? Wie lernen wir, hinter die Kulissen zu sehen ? Wie finden wir den Mut dazu? „Wenn das Selbst aus dem Bild der Welt verschwindet, wird die Welt plötzlich sehr mächtig, sehr wunderbar. Es ist ein Augen öffnendes Erlebnis “; sagt Keith Campbell. Der Schutzfilter, der uns normalerweise von der Wirklichkeit trennt, wird weggerissen. Illusionen platzen , wenn wir spüren, dass wir nicht so sicher und nicht so unverwundbar sind, dass die Welt nicht so stabil ist, wie wir glaubten. Das kann ein Erweckungserlebnis

sein. Wenn wir aufhören, um uns selbst zu kreisen, öffnet sich ein anderer Horizont.⁵ Krisen haben lebensverändernde Kraft. Sie können ein Anstoß sein, alte Pfade zu verlassen.

16 Jahre nach dem gemeinsamen Sozialwort werden sich die beiden großen Kirchen in Deutschland mit einer ökumenischen Sozialinitiative zu Wort melden. Noch stärker als damals sollen dabei die Fragen internationaler Gerechtigkeit und ökologisch-sozialer Nachhaltigkeit im Mittelpunkt stehen. Die Kammer für Soziale Ordnung der EKD und die Kommission VI der Deutschen Bischofskonferenz haben in enger Abstimmung mit den Leitungsgremien beider Kirchen 10 Thesen erarbeitet, die im nächsten Jahr diskutiert werden sollen - auf Tagungen mit anderen gesellschaftlichen Akteuren, als auch auf einer gemeinsamen Website und in Sozialen Netzwerken..

„Als Christinnen und Christen sagen wir: Der Weg zu Gott führt zum Mitmenschen oder er führt ins Leere“, heißt es in der Einleitung. Gott ist Mensch geworden und hat uns sein Ebenbild, den Menschen, jeden Menschen, zur Sore und Verantwortung anvertraut. Deswegen hat das Doppelgebot der Liebe für uns zentrale Bedeutung: Gott lieben ist unmöglich, ohne auch den Nächsten zu lieben. Das ist der tiefe Grund dafür, dass wir uns als Kirchen zu Wort melden, wenn Armut und Ungerechtigkeit verhindern, dass alle Menschen in Würde leben können. Denn wer mein Nächster ist, hängt nicht von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion oder Kultur oder von der Herkunft aus einem bestimmten Kontinent ab. Das Gebot der Nächstenliebe ist vielmehr universal. Wenn wir heute über Fragen der Wirtschaft nachdenken, dann bildet die gesamte Menschheitsfamilie unseren Verantwortungshintergrund. Als Kirchen in Deutschland müssen wir in besonderem Maße mitwirken an der Gestaltung einer europäischen Solidaritäts- und Verantwortungskultur.

6 Beistand geben und Brücken bauen - Was die Kirche tun kann

Viele Gemeinden in Deutschland europäische Partnergemeinden, sie können Brückenbauen nach Süd- und Osteuropa und sind längst unterwegs, voneinander zu lernen. Die Kirche in Deutschland hat eine entfaltete und vielfältige Diakonie, die uns Einblicke in ganz andere Lebenswirklichkeiten geben

⁵ Vgl. Die lebensverändernde Kraft von Krisen, Kathleen Mc Gowan, Psychologie heute-Kompakt - ziemlich stark. S. 18 ff.

kann- als Ehrenamtliche in einem Hospiz, bei einer Stadtführung mit Obdachlosen, bei einem Freiwilligentag in einer Jugendhilfeeinrichtung. Dabei geht es immer darum, Grenzen zu überschreiten und Brücken zu bauen. Und die ersten Schritte in diese Richtung werden immer in der Zivilgesellschaft getan.

Die Diakoniedenkschrift der EKD mit dem schönen Titel „Herz und Mund und Tat und Leben“, die 1998 zum 150-jährigen Jubiläum der Inneren Mission veröffentlicht wurde, nennt die Aufgaben, die vor den Gemeinden liegen. Es geht darum,

- die Distanz zwischen Kirchengemeinden und Diakonischen Diensten überbrücken
- die Kontakte zu Betroffenen und zivilgesellschaftlichen Initiativen zu verbessern und ihre Bedürfnisse besser wahrnehmen und
- schließlich die Vernetzung mit außerkirchlichen Initiativen im Gemeinwesen.

Pfarrerinnen und Pfarrer, Kirchenvorstände und Ehrenamtliche leben mit den Menschen im Stadtteil, sie kennen die Nöte der Familien, die Brüche und Umbrüche, die Menschen erleben, noch bevor die Politik sie aufgreift. Manchmal müssen wir uns selbst in Erinnerung rufen, welches Sozialkapital Gemeinden mitbringen - an Kontakten, Netzwerken und Beziehungen, an symbolischen Orten, an gemeinsamer Geschichte mit Stadt und Quartier. Kirche ist stark, wenn sie mit den Menschen im Dorf und im Stadtteil verbunden bleibt.

Schon die ersten Kapitel der Apostelgeschichte erzählen davon, wie die Gemeinde Menschen einlädt und Schranken überwindet: schon bald gehören Sklaven und Frauen dazu, Armut ist kein Hindernis am Tisch des Herrn und Menschen mit Behinderung werden genauso einbezogen wie Migrantinnen und Migranten. In diesem Sinne muss die Kirche sich wieder neu entdecken: als Plattform für Teilhabeprozesse, als Lebensmittelpunkt, als Ermöglicherin., als Herberge auf dem Weg und caring community. Kirche ist gefragt angesichts des Ausblutens von Kommunen und des Verlustes an Gemeingütern. Wie gehen wir um mit den kollektiven Gütern, mit unserem öffentlichen Auftrag? Wie sieht die Zusammenarbeit mit der Schule aus? Wie beteiligt sich die Gemeinde an Stadtplanungsprozessen? Wenn wir wollen, dass die Kirche im Dorf bleibt,

müssen wir neu entdecken, was wir an Spezifischem zu geben haben: -.Denn auch, wenn Geld und Macht der Kirche schwinden: die Suche nach Spiritualität und nach Gemeinschaft hat nicht aufgehört- im Gegenteil: angesichts der Wüsten einer ökonomisierten Gesellschaft, angesichts der schmerzhaften Spaltungen sehnen sich die Menschen nach Gemeinschaft.

Vor lauter Effizienzdenken und Effizienzsteigerung habe man den roten Faden verloren, sowohl individuell als gesellschaftlich, sagt Stefan Grünewald vom Institut Rheingold. Dieses Gefühl wirke beängstigend. Die Menschen blickten in ein schwarzes Loch und fragten sich, was als nächstes kommen werde. Es herrsche der Wunsch nach Beistand, nicht die Suche nach neuen Perspektiven. Das ist die Antwort auf die Frage, warum neue Gesellschaftsentwürfe nicht mehr überzeugen- und es war Nils Minkmar von der FAZ, der ein Buch über Peer Steinbrücks gescheiterten Wahlkampf geschrieben hat und darüber mit Stefan Grünewald ins Gespräch kam.

Beistand geben und Zuhören, Fenster öffnen und Brücken bauen in andere Welten und dabei Mut machen zum Mitmachen, das ist das, was Kirche tun kann in den großen Transformationsprozessen - vielleicht nicht mehr, aber sicher nicht weniger. Bevor wir die großen Begriffe finden, erleben wir die Umbrüche in den einzelnen Schicksalen. Bevor wir Politik gestalten, müssen wir zuhören. Was ich euch flüstere ins Ohr, das predigt auf den Dächern, sagt Jesus. Darauf kommt es an, wenn Kirche Gesellschaft mit gestalten will. Und das bleibt unser Auftrag.

Cornelia Coenen-Marx, Recklinghausen, 20.11.13